

Dieser Artikel erschien in der Nummer 1/2005 der FinanzplatzInformationen
Aktion Finanzplatz Schweiz, Drahtzugstrasse 28, 4057 Basel, afp@aktionfinanzplatz.ch

Ein Rückschritt der Schweiz im Kampf gegen Korruption und Geldwäscherei

Die Schweiz hat soeben ihre Bereitschaft bekräftigt, Korruption und Geldwäscherei verstärkt zu bekämpfen; doch gleichzeitig hat der Genfer Generalstaatsanwalt unverständlicherweise eine Korruptions-Untersuchung bezüglich eines Schuldendeals zwischen Angola und Russland eingestellt.

Stefan Howald

Anfang Februar wurde der Bericht der OECD zur Korruptionsbekämpfung in der Schweiz veröffentlicht. Die Schweiz diskutiert gegenwärtig eine Verschärfung ihrer Gesetze gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Der Bundesrat hat in diesem Zusammenhang festgestellt: «Die Schweiz misst einem gesunden Finanzplatz hohe Bedeutung zu. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass der Finanzplatz nicht zu kriminellen Zwecken, namentlich zur Geldwäscherei und zur Terrorismusfinanzierung missbraucht wird.»

Trotz dieser Zusicherungen hat die Genfer Staatsanwaltschaft kürzlich eine langjährige Untersuchung gegen den Geschäftsmann Pierre Falcone beendet. Der Fall erwuchs aus einer Umschuldung von Angolas Aussenschulden von 5,5 Mrd. US-Dollar gegenüber Russland im Jahre 1996, und konzentriert sich auf die Rolle, welche die von Falcone zusammen mit seinem Geschäftspartner Arkadi Gaydamak gegründete Firma Abalone Investment Limited dabei spielte. Gegen Falcone wird auch in Frankreich wegen Korruption ermittelt.

In seiner Einstellungsentscheid erwähnt der Genfer Generalstaatsanwalt die zentralen Korruptionsvorwürfe mit keinem Wort. Vielmehr beschränkt er sich darauf festzustellen, da Russland keine Beschwerde erhoben habe, könnten auch keine Unrechtmässigkeiten begangen worden sein. Ignoriert werden damit Indizien für die Veruntreuung von Hunderten von Millionen an öffentlichen Geldern, was die angolansische und die russische Bevölkerung zu den eigentlichen, stummen, Opfern der Affäre macht.

Die englische NGO Global Witness hat letztes Jahr in einem umfangreichen Bericht dokumentiert, dass riesige Summen von Erdölgeldern, die auf Genfer Konten von Abalone deponiert wurden, um angeblich angolanische Schulscheine zurückzukaufen, in Wahrheit verschwunden sind. Von insgesamt 774 Millionen US-Dollar, die zwischen 1997 und 2000 auf diese Konten einbezahlt wurden, wurden nur 161 Millionen auf ein Konto zuhanden des russischen Finanzministeriums transferiert. Rund 600 Millionen gelangten auf Konten, die auf die Namen von Falcone, Gaydamak und anderer obskurer Gesellschaften lauteten. Millionenbeiträge landeten auch auf Konten hoher angolanischer Funktionäre, eingeschlossen Präsident Dos Santos.

Die Aktion Finanzplatz und Global Witness haben, unterstützt von der Erklärung von Bern und Solifonds, öffentlich gegen die Verfahrenseinstellung protestiert. Wir werden uns jetzt um eine Wiederaufnahme des Falls bemühen und fordern die Genfer und die Schweizer Bundesbehörden auf, alle relevanten Informationen bezüglich der im Verlauf der Untersuchung blockierten Gelder öffentlich zu machen.

Auch der OECD-Bericht macht auf mangelndes Problembewusstsein in der Schweiz aufmerksam. Insgesamt gesehen hält er sich zwar im Ton erwartungsgemäss zurück. Doch ortet er etliche Mängel und empfiehlt insbesondere, Strafverfahren schneller durchzuführen sowie die Strafbehörden mit mehr Personal auszustatten. Der Genfer Fall macht solche Empfehlungen nur umso dringlicher. Auch der soeben vorgelegte Vorbericht der Kommission, welche den Skandal um das Oil-for-Food-Programm der Uno im Irak untersucht, weist darauf hin, dass Banken und Handelsunternehmen der Schweiz ihrer Sorgfaltspflicht nicht immer genügend nachkommen. Laut Mark Pieth, Schweizer Kommissionsmitglied, sind 20 Ölfirmen mit Sitz in der Schweiz in den Skandal verwickelt. Zudem «besteht der Verdacht, dass in der Schweiz nicht nur illegale Zahlungen strukturiert und in den Irak weitergeleitet, sondern umgekehrt in der Schweiz Bestechungszahlungen an irakische Privatpersonen deponiert wurden.» (NZZam Sonntag, 6.2.2005)